

Ergebnisse und
neue Herausforderungen
im Zeitalter
des Vertrags von Lissabon

Die christdemokratische Vision Europas

Hans-Gert Pöttering

„Nichts ist möglich ohne die Menschen, nichts dauerhaft ohne Institutionen.“ Wie kaum ein anderes gibt dieses Zitat Jean Monnets die Rolle wieder, die die europäischen Christdemokraten der Europäischen Union einräumen. Es ist kein Zufall, dass die europäischen Gründungsväter Jean Monnet, Robert Schuman, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer allesamt Christdemokraten waren: Denn keine andere politische Familie in Europa hat die europäische Einigung so maßgebend geformt wie die Europäische Volkspartei.

Von Anbeginn hat Europa einen wichtigen Platz im Programm der europäischen Christdemokraten eingenommen. In der Versöhnung sahen sie die einzige Möglichkeit, Frieden in Europa dauerhaft zu garantieren. Im Laufe der europäischen Integration wurde der Akzent auf die Entwicklung eines „Gemeinschafts-europas“ gelegt, in dem die großen Länder zwar eine besondere Verantwortung tragen sollen, die kleinen Länder jedoch niemals dominiert werden dürfen. Über das Schriftwerk an europäischen Regeln hinaus sind auch die ungeschriebenen geltenden Normen für einen respektvollen und toleranten Umgang miteinander sowie eine faire und offene Redekultur als Errungenschaften anzusehen, die es zu bewahren gilt.

Europa als reinen Zweckverband zu sehen verkennt die Seele der Europäischen Union als Wertegemeinschaft. Die christdemokratische Vision Europas ist ein Europa der christlichen und humanis-

tischen Werte, in dessen Zentrum der Schutz der Würde des Menschen steht. Daneben bilden die Verteidigung der Menschenrechte, die Demokratie, die Freiheit, die Rechtsstaatlichkeit und die Solidarität den Kern dieses Werteverständnisses. Für den Respekt dieser Werte haben die europäischen Christdemokraten seit ihrem Bestehen gekämpft. Dabei haben sie den Blickwinkel niemals auf den Westen beschränkt, sondern immer auch auf die Mitte und den Osten Europas geschaut, wo den Menschen bis zum Fall des Eisernen Vorhangs ein Leben in Freiheit vorenthalten wurde.

Triebfeder der europäischen Integration

Unsere gemeinsamen Werte verbinden heute die Menschen in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, deren Gesellschaften sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Männern und Frauen auszeichnen. Sie sind und bleiben die Grundfesten christdemokratischer Politik, von der Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft mit ihren sechs Gründungsstaaten bis zur heutigen Europäischen Union mit 27 Mitgliedern und gesetzlich garantiert seit den Römischen Verträgen bis zum Vertrag von Lissabon, der seit dem 1. Dezember 2009 in Kraft ist.

Nur wer im Bewusstsein seiner Geschichte lebt, der weiß, wo er steht, und kann entscheiden, wohin ihn sein Weg in Zukunft führen soll. Zur Festlegung

künftiger politischer Prioritäten ist daher der Blick in die Vergangenheit hilfreich: Im Falle der europäischen Christdemokraten begann der Weg mit dem „Schuman-Plan“, dessen sechzigstes Jubiläum wir am 9. Mai 2010 feierlich begehen werden.

„Schuman-Plan“ und Pariser Verträge

Der französische Außenminister Robert Schuman hat es als eine politische und moralische Aufgabe angesehen, einen Vorschlag für eine mögliche Wiedereingliederung der Bundesrepublik Deutschland in das Konzert der Westmächte zu unterbreiten. Er machte es sich zum erklärten Ziel, zwischen den ehemaligen Erzfeinden Deutschland und Frankreich wieder vertrauensvolle Beziehungen herzustellen.

Rat für die Erfüllung dieses wichtigen Anliegens suchte er bei einer überragenden Persönlichkeit, einem wirklichen Staatsmann, dem damaligen Leiter des Amtes für wirtschaftliche Planung in Paris, Jean Monnet. Dieser war davon überzeugt, dass die Wiedervereinigung des geteilten Europas Grundvoraussetzung für Frieden weltweit war. Er sah den richtigen Weg in der Konzentration auf begrenzte, aber psychologisch wichtige Bereiche, für die ein gemeinsamer Entscheidungsmechanismus eingerichtet werden sollte und an den schrittweise immer neue Zuständigkeiten übertragen werden könnten. Jean Monnet legte Robert Schuman Teile des Vorschlags zur Zusammenlegung der deutschen und französischen Stahlproduktion vor, die damals für beide Länder von strategischer Bedeutung war. Durch diesen pragmatischen Ansatz sollte Krieg in Europa nicht nur undenkbar, sondern praktisch unmöglich gemacht werden. Dieser Vorschlag, den Robert Schuman am 9. Mai 1950 im Quai d'Orsay unterbreitete, gab den Startschuss für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

Der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer und der italienische Premierminister Alcide De Gasperi sicherten sogleich ihre Unterstützung für das Vorhaben zu.

Auf die Erklärung Robert Schumans folgte am 18. April 1951 die Unterzeichnung der Pariser Verträge, der ersten Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft. Nach ihrer Unterzeichnung durch die sechs Gründungsmitglieder Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg nahm die Hohe Behörde der EGKS am 19. August 1952 unter dem Vorsitz von Jean Monnet in Luxemburg ihre Arbeit auf.

Geist des Friedens und der Demokratie

Der Beginn der europäischen Einigung durch die Gründung der EGKS verdeutlicht, dass es allen voran Christdemokraten waren, die als Erste den europäischen Gedanken hervorgebracht haben und die Suche nach Frieden vor das Denken in den Kategorien des Kräfteverhältnisses und den Geist der demokratischen Gleichheit vor Diskriminierung und Autoritätsdenken stellten.

In den folgenden Jahrzehnten haben sich die Christdemokraten immer nachdrücklich für die Stärkung der Demokratie eingesetzt. Dies wurde langsam durch die schrittweise Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments bis hin zum Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 verwirklicht. Dadurch wurde das Mitentscheidungsverfahren zwischen dem Europäischen Parlament und dem EU-Ministerrat zum ordentlichen Gesetzgebungsverfahren in fast allen Bereichen und die demokratisch gewählten Volksvertreter in ihrer Zuständigkeit auf eine Stufe mit dem Ministerrat der Europäischen Union gestellt.

Gleichzeitig haben die Christdemokraten immer den Blick auf den anderen Teil

Europas gerichtet und darauf hingearbeitet, dass auch die Menschen in Mittel- und Osteuropa in Freiheit und Demokratie leben können. Das Ende des menschenverachtenden Systems des Kommunismus im Jahr 1989 und die symbolträchtige Wiedervereinigung unseres Kontinents durch den Beitritt dieser Länder zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 waren für die europäischen Christdemokraten daher weitere zentrale Meilensteine der europäischen Einigungsgeschichte.

Zeitalter des Lissabon-Vertrags

Das Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon am 1. Dezember 2009 ist insbesondere angesichts des neunjährigen, steinigen und immer wieder von Rückschlägen geprägten Weges, der zurückgelegt wurde, als großer Erfolg zu bewerten. Das Ergebnis ermutigt die Europäische Volkspartei, sich auch für die Zukunft ehrgeizige Ziele zu setzen, um die Erfolgsgeschichte Europas weiterhin maßgeblich mitzugestalten. Dies entspricht der Auffassung Konrad Adenauers, der vorgab: „Wenn die anderen glauben, am Ende zu sein, muss man erst anfangen.“ Gerade in der Europapolitik darf man sich niemals entmutigen lassen.

Um die Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts gut zu bewältigen, sollten sich die europäischen Christdemokraten insbesondere für drei Prioritäten einsetzen. Diese sind die Betonung und Verteidigung der gemeinsamen europäischen Werte, die Förderung von Wachstum und Beschäftigung und die Gewährleistung von Sicherheit durch dauerhaften Frieden für die europäischen Bürger.

Gemeinsame Werte

Die aktuelle Krise ist nicht allein als Wirtschaft- und Finanzkrise, sondern auch als Krise der Werte zu sehen. Diese sind aber insbesondere in Krisenzeiten als moralische Orientierungspunkte von besonderer Wichtigkeit.

Mit dem Vertrag von Lissabon wurde das wertorientierte Europa gefestigt. In der Präambel der EU-Grundrechtecharta (EU-GR-Charta) wird das christliche auf die „Person“ bezogene Menschenbild als Kernbestandteil der Gesellschaft festgeschrieben. Wörtlich heißt es dort: „Sie (die Europäische Union) stellt die Person in den Mittelpunkt ihres Handelns, indem sie die Unionsbürgerschaft und einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts begründet.“ Darüber hinaus haben vor allem christdemokratische Politiker erreicht, dass die wichtigsten christlichen Werte – die Würde des Menschen (Artikel 1 EU-GR-Charta), die Verteidigung der Ehe (Artikel 9 EU-GR-Charta) und der Schutz der Familie (Artikel 33 EU-GR-Charta) als Grundeinheit unserer Gesellschaft – ebenso wie die Prinzipien Demokratie (Präambel und Artikel 39 bis 41 EU-GR-Charta), Freiheit (Präambel und Kapitel II EU-GR-Charta) und Solidarität (Präambel und Kapitel IV EU-GR-Charta) in der EU-Grundrechtecharta festgeschrieben wurden. Neben der Solidarität zwischen den Menschen durch die Verteidigung eines europäischen Sozialmodells mit hohen Sozialstandards drückt sich die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten finanziell in der Regionalpolitik aus.

Papst Johannes Paul II. hatte der Fraktion der Europäischen Volkspartei und Europäischer Demokraten in einem Schreiben vom 30. November 2004 seine Anerkennung für ihren Einsatz zur Verteidigung dieser Werte ausgesprochen. Gleichzeitig hatte er gefordert, dass die besondere öffentliche Rolle der Kirchen anerkannt werde.

Dies wurde schließlich auf Betreiben der europäischen Christdemokraten im Vertrag von Lissabon erreicht. In Artikel 17 heißt es nun: „Die Union achtet den Status, den Kirchen [...] in den Mitgliedstaaten nach deren Rechtsvorschriften genießen“, und weiter: „Die Union pflegt

mit diesen Kirchen und Gemeinschaften in Anerkennung ihrer Identität und ihres besonderen Beitrags einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog.“ Zwar war das Bestreben, einen klaren Gottesbezug in der Präambel des Lissabon-Vertrags zu verankern, nicht erfolgreich. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass dies selbst bei den nationalen Verfassungen in der EU die Ausnahme darstellt und es den Christdemokraten gelungen ist, in der Präambel der EU-Grundrechtecharta folgende Formulierung einzubringen: „In dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität.“

Auch in Zukunft werden sich die europäischen Christdemokraten mit Verantwortung für die Verteidigung dieser fundamentalen Prinzipien innerhalb und außerhalb der Grenzen der europäischen Wertegemeinschaft einsetzen. Angesichts der bedeutenden Herausforderung des Zusammenlebens zwischen den Kulturen und Religionen im einundzwanzigsten Jahrhundert ist das Bauen einer geistigen und kulturellen Brücke notwendig, zum Beispiel über das Mittelmeer zu den islamischen Staaten Nordafrikas und des Nahen Ostens, einer Brücke, die auf gegenseitigem Verständnis und – soweit möglich – gemeinsamen Werten beruht. Entgegen der Prophezeiung eines Kampfes der Kulturen muss und kann sich der Dialog der Kulturen als praktische politische Wirklichkeit bewähren.

Wachstum und Beschäftigung in der Sozialen Marktwirtschaft

Bei der Abstimmung der europaweiten Maßnahmen zur Bekämpfung der Finanzkrise haben die EU-Mitgliedstaaten und die EU-Institutionen gezeigt, dass es möglich ist, eine gemeinsame Politik zu gestalten.

Es war die richtige Strategie, auf ein gemeinsames Vorgehen zu setzen, und bei weiteren Maßnahmen sollte ebenfalls gemeinsam gehandelt werden. Beim Entwerfen neuer Regeln für die internationale Wirtschafts- und Finanzordnung und für eine internationale Finanzaufsicht muss die Europäische Union die Prinzipien des europäischen Erfolgsmodells der Sozialen Marktwirtschaft einfordern, die mit dem Vertrag von Lissabon erstmalig Eingang in europäisches Recht gefunden hat. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich als verlässliches und stabiles Erfolgsprinzip erwiesen und eignet sich daher auch für die Schaffung eines nachhaltigen, internationalen politischen und wirtschaftlichen Ordnungsrahmens. Auch beim internationalen Finanzmarkt brauchen wir eine verlässliche Verbindung von Markt und Regeln, Entscheidungsfreiheit und Ordnung: Soziale Marktwirtschaft also.

Gleichzeitig muss der Arbeitsmarkt gestärkt und Beschäftigung gefördert werden. Dies kann durch Wiedereingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. In besonderer Weise von den Schwierigkeiten betroffen, die die Wirtschaftskrise mit sich bringt, ist der Mittelstand. Bei den künftig zu treffenden Entscheidungen sollten kleine und mittelständische Unternehmen deshalb besondere Berücksichtigung finden. Sie profitieren vom Europäischen Binnenmarkt und sind gleichzeitig der Antriebsmotor der europäischen Wirtschaft.

Schon heute haben Europa und die Welt unvorstellbare Summen in die Bekämpfung der Finanzkrise investiert. Die Tatkraft, mit der in Europa und in der Welt auf diese Krise reagiert wurde, zeigt, dass internationale Zusammenarbeit große Herausforderungen bewältigen kann. Eine ähnliche Entschlossenheit wäre auch in anderen Bereichen vonnöten, insbesondere beim Kampf gegen

den Hunger und die Armut in der Welt. Europa und die internationale Staatengemeinschaft sind moralisch verpflichtet, hierbei weitere Verantwortung zu übernehmen. 2010 als europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung bietet einen idealen Rahmen für ein verstärktes und wirkungsvolles Engagement der Europäischen Union.

Bewahrung der Schöpfung

Die Bewahrung der Schöpfung ist eine Herausforderung, die jetzt und nicht später gemeinsam von den Staaten der Erde bewältigt werden muss. In diesem Bewusstsein werden sich die europäischen Christdemokraten weiterhin für eine international abgestimmte Klimapolitik und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

Die Europäische Union ist für vierzehn Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich. Schon vor dem Jahr 2020 werden die Emissionen der Entwicklungsländer die der Industrieländer übersteigen. China ist bereits die weltweit größte CO₂-Emissionsquelle. Europa kann und wird die Last daher nicht allein tragen. Jedoch muss die Europäische Union bei der Bekämpfung des Klimawandels für ihre internationalen Partner ein Beispiel geben, dass es möglich ist, steigendes Wirtschaftswachstum von CO₂-Emissionen zu entkoppeln. Die Europäische Union hat unter maßgeblicher Beteiligung des Europäischen Parlaments weltweit die Führung beim Kampf gegen den Klimawandel übernommen. Diese Führungsaufgabe müssen wir nach dem Scheitern des Kopenhagener Klimagipfels (Dezember 2009) weiter verantwortlich wahrnehmen, um ein weltweites Abkommen zum Schutz unseres Klimas zu erreichen. Bei dem Kampf gegen den Klimawandel handelt es sich nicht um irgendeine Herausforderung, sondern um eine im wahrsten

Sinne des Wortes Überlebensfrage unserer Erde.

Energiesolidarität

Immer bedeutender wird die Sicherung der europäischen Energieversorgung, die von ausländischen, auch russischen Lieferungen unabhängiger werden muss. Die Europäische Union sollte eine wirksame Diversifizierung ihrer Energieversorgung anstreben, damit sie bei der Lieferung von Energie nicht erpressbar wird. Energiepolitik darf kein Instrument erpressbarer Außenpolitik werden. Hierbei ist es wichtig, dass diejenigen Länder, die besonders abhängig von Lieferungen aus Drittstaaten sind, auf die Solidarität aller Mitgliedstaaten zählen können, sollte es zu einer Unterbrechung der Lieferungen aus Drittländern kommen: Energiesolidarität muss zu einem wichtigen Prinzip der Europäischen Union werden. Der für 2011 geplante Bau der Nabucco-Pipeline, die uns mit Lieferländern in Zentralasien verbindet, ist ein wichtiger Schritt für die Erweiterung der Energiequellen der Europäischen Union. Notwendig sind ein ausgewogener Energiemix aus Öl, Gas, Kohle, erneuerbarer Energie sowie die Verlängerung der Laufzeit unserer hochtechnologischen und sicheren Kernkraftwerke. Gleichzeitig müssen innerhalb der EU Energieeinsparungen durch Effizienzsteigerung erreicht werden.

Zu Beginn des einundzwanzigsten Jahrhunderts ist die Bekämpfung des internationalen Terrorismus zu einer dringenden Verantwortung geworden. Es reicht dabei nicht, durch verstärkte Sicherheitsmaßnahmen und weltweite Fahndung nach Tätern nur zu reagieren. Vielmehr müssen die Probleme an der Wurzel angepackt werden: Terroristischen Vereinigungen muss der Nährboden für ihre Aktivitäten genommen werden. Dies muss durch eine wirkungsvolle Entwicklungspolitik vor unserer europäischen Haustür geleistet werden.

Die europäischen Christdemokraten können stolz darauf sein, durch ihr Engagement in Europa zu einer Wirklichkeit beigetragen zu haben, von der vor einigen Jahrzehnten nur zu träumen war. Heute sind wir in der Europäischen Union, wie es in der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 so schön heißt, „zu unserem Glück vereint“ und sollten uns von Herzen darüber freuen.

Die Bedeutung der Errungenschaften, die heute nahezu 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern ein friedliches Zusammenleben auf der Grundlage gemeinsamer Werte möglich gemacht haben, ist jungen Menschen, die Krieg und Hunger nicht erlebt haben, heute jedoch

nicht mehr selbstverständlich bewusst. Die Bewahrung unseres historischen Gedächtnisses, die Vermittlung des Vergangenen gerade an jüngere Menschen, die die Zukunft gestalten werden, gehört jedoch zu dem Notwendigen, damit die Erfahrungen der Vergangenheit eine Grundlage sein können für unseren Weg in die Zukunft. Das von mir während meiner Amtszeit als Präsident des Europäischen Parlaments vorgeschlagene „Haus der Europäischen Geschichte“ soll ab 2014 – einhundert Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs – als Ort des Gedenkens und der Zukunft zur Stiftung einer europäischen Identität beitragen.

Für und wider europäische Lösungen

„Es sind mehr Menschen für die EU als dagegen. Dennoch ist die EU vielen Bürgern gleichgültig. Wünsche nach europäischen Lösungen im Kampf gegen Terrorismus oder in Bereichen der Wirtschaft stehen dem gegenüber. Ein demokratisches Staatswesen kann nicht funktionieren, wenn es nicht von der breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen wird. Eine solche generelle Akzeptanz ist unabhängig von der Meinung über die Leistung der gegenwärtigen Regierung, sie bezieht sich auf die Grundordnung.

Tatsächlich wird die EU von einer relativen Mehrheit ihrer Bürger unterstützt, das heißt, es sind mehr Menschen für die EU als dagegen. Dennoch lässt die Zustimmung zu Wünschen übrig, wie eine Umfrage von Eurobarometer von Ende 2008 zeigt. Auf die Frage: „Halten Sie die Mitgliedschaft Ihres Landes in der EU für eine gute Sache?“ antworteten im Herbst 2008 53 Prozent der EU-Bürger mit „Ja“, 15 Prozent mit „Nein“, 27 Prozent meinten, die Zugehörigkeit zur EU sei weder gut noch schlecht, und 5 Prozent hatten dazu keine Meinung. Bei den Deutschen befürworteten immerhin 64 Prozent der Befragten die EU-Mitgliedschaft.

Mit dieser Zurückhaltung stehen die hohen Erwartungen vieler Menschen in der EU im Konflikt. Eine Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich nämlich derselben Umfrage zufolge bei folgenden Problemen eine europäische Lösung: Kampf gegen den Terrorismus, wissenschaftliche und technologische Forschung, Verteidigung und Außenpolitik, Energie, Unterstützung von Regionen mit wirtschaftlichen Problemen, Einwanderung, Kampf gegen Kriminalität, Wettbewerb, Bekämpfung der Inflation, Wirtschaft. [...] Tatsächlich messen viele Menschen die EU an ihren eigenen Erwartungen und an den Erfolgen, die die Gemeinschaft erzielt. Die Zurückhaltung gegenüber der EU plädiert daher keineswegs immer für ein „weniger Europa“, sondern oft für ein „mehr Europa“. Wie es den EU-Politikern gelingt, zusammenzuarbeiten und den drängenden Herausforderungen zu begegnen, wird daher auch über die künftige Akzeptanz entscheiden.“

Eckart D. Stratenschulte am 15. Mai 2009 in <http://www1.bpb.de> (vom Bundesinstitut für politische Bildung)